

Richtlinien

zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

und für den

Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten

an der

Technischen Universität München

Diese Richtlinien beziehen sich auf die Denkschrift „Sicherung guter wissenschaftliche Praxis – Safeguarding Good Scientific Practice“ der DFG (1998) und ihren Ergänzungen (2013). Das vom Wissenschaftsrat in 2015 vorgestellte Positionspapier „Empfehlungen zur wissenschaftlichen Integrität“ ergänzt diese Denkschrift.

1. Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis

- (1) An der Technischen Universität München (TUM) tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind verpflichtet,
 - lege artis zu arbeiten,
 - Resultate zu dokumentieren,
 - alle Ergebnisse kritisch zu hinterfragen,
 - strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die Beiträge von Partnern, Konkurrenten und Vorgängern zu wahren,
 - wissenschaftliches Fehlverhalten zu vermeiden und ihm vorzubeugen und
 - die im Folgenden beschriebenen Grundsätze zu beachten.
- (2) Neben Maßnahmen zur Feststellung und Ahndung wissenschaftlichen Fehlverhaltens sollen geeignete Maßnahmen getroffen oder verstärkt werden, um wissenschaftliches Fehlverhalten nicht entstehen zu lassen. Der Universität als Stätte der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium kommt hierbei institutionelle Verantwortung zu.
- (3) Jede Leiterin oder jeder Leiter einer Arbeitsgruppe hat sich wissenschaftlich vorbildlich zu verhalten und die Richtlinien guter wissenschaftlicher Praxis zu vermitteln. Nachwuchswissenschaftler/-innen und Studierende müssen im Interesse ihrer eigenen Zukunftsplanung auch selbst wachsam gegenüber möglichem Fehlverhalten in ihrem Umfeld sein.
- (4) Die Fakultäten sind aufgefordert, in der wissenschaftsbezogenen Ausbildung „Wissenschaftliches Fehlverhalten“ angemessen zu thematisieren. Sie unterrichten Nachwuchswissenschaftler/-innen und Studierende über die an der TUM geltenden Richtlinien.

2. Zusammenarbeit und Leitungsverantwortung in Arbeitsbereichen und -gruppen

Die Leiterinnen oder Leiter von wissenschaftlichen Arbeitsbereichen und -gruppen (Sonderforschungsbereiche, Forschungszentren, Graduiertenkollegs, Forschergruppen und sonstige Arbeitseinheiten) tragen die Verantwortung dafür, durch geeignete und angemessene Organisationsmaßnahmen sicherzustellen, dass die Aufgaben der Leitung, Aufsicht, Konfliktregelung und Qualitätssicherung in-

nerhalb der Arbeitsbereiche und -gruppen eindeutig zugewiesen sind und von ihren Mitgliedern tatsächlich wahrgenommen werden können.

3. Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

- (1) Mit Beginn wissenschaftlichen Arbeitens gilt es, nicht nur technische Fertigkeiten, sondern auch eine ethische Grundhaltung beim wissenschaftlichen Arbeiten, beim verantwortlichen Umgang mit Ergebnissen und bei der Zusammenarbeit mit anderen Forschenden zu erwerben und zu vermitteln. Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler haben einen Anspruch auf regelmäßige wissenschaftliche Beratung und Unterstützung durch Betreuende oder Leitungspersonen von Arbeitsbereichen und Arbeitsgruppen; sie sind ihrerseits zu verantwortungsvoller Arbeit und Kollegialität verpflichtet. Wer einen Arbeitsbereich/eine Arbeitsgruppe leitet, trägt Verantwortung dafür, dass für Studierende, Promovenden und Graduierte eine angemessene Betreuung gesichert ist.
- (2) Für die Betreuung von Promovenden schließen Betreuungspersonen mit ihren Promovenden eine Betreuungsvereinbarung ab, über die auch die Eintragung in die Promotionsliste und die Mitgliedschaft in der TUM Graduate School beantragt wird. Die Betreuungsvereinbarung strukturiert das Promotionsvorhaben und beinhaltet einen Arbeits- und Zeitplan, fachliche und überfachliche Weiterqualifizierungsziele sowie weitere qualitätssichernde Maßnahmen. Regelmäßige Betreuungsgespräche sollen gewährleistet und die Einbindung in das akademische Umfeld muss im Rahmen der Promotion nachgewiesen werden. Betreuungspersonen unterstützen ihre Promovenden in der Sicherung einer geeigneten Finanzierung der Promotion, bei der Strukturierung des Promotionsprozesses, beim Aufbau eines akademischen Netzwerks und bei der Entwicklung von Karrieremöglichkeiten. Betreuungspersonen sollten nicht mehr Promovenden annehmen, als sie in der Lage sind, adäquat zu betreuen.
- (3) Beispielhaft bedeutet das:
 - Den Studierenden sind für die Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten (Bachelor-, Masterarbeiten etc.) diese Richtlinien gegen Unterschrift zu übergeben.
 - Im Rahmen der TUM Graduate School werden allen Promovenden und Betreuungspersonen diese Richtlinien bekannt gemacht.
 - Das wissenschaftliche Personal der TUM bekommt die Richtlinien bei der Unterzeichnung ihrer Beschäftigungsverträge ausgehändigt.

4. Leistungs- und Bewertungskriterien

Originalität und Qualität haben als Leistungs- und Bewertungskriterien für Prüfungen, für die Verleihung akademischer Grade, für Einstellungen, Beförderungen, Berufungen und Mittelzuweisungen stets Vorrang vor Quantität (insb. im Hinblick auf Veröffentlichungen). Leistungs- und Bewertungskriterien sind an diesem Grundsatz auszurichten.

5. Sicherung und Aufbewahrung von Primärdaten

Komprimierte Primärdaten als Grundlagen für Veröffentlichungen sind auf haltbaren und gesicherten Trägern in der Einrichtung, in der sie entstanden sind, für zehn Jahre aufzubewahren. Wann immer möglich, sollen Präparate und Proben, mit denen Primärdaten erzielt wurden, für denselben Zeitraum aufbewahrt werden. Auf die Ausführungen in der Empfehlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Aufbewahrung von Primärdaten wird ergänzend hingewiesen.

6. Wissenschaftliche Veröffentlichungen

- (1) Vorbehaltlich unterschiedlicher Kriterien, die in verschiedenen Fachdisziplinen Anerkennung gefunden haben, sind für die Gestaltung von wissenschaftlichen Publikationen folgende Leitlinien zu beachten:

- (a) Die Bezeichnung als „Originalarbeit“ kann nur der erstmaligen Mitteilung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zukommen. Demzufolge ist die mehrfache Publikation derselben Ergebnisse, abgesehen von vorläufigen Kurzmitteilungen in aktuellen Fällen, nur unter Offenlegung der Veröffentlichung der Originalarbeit gestattet. „Selbstplagiat“ bedeutet, dass frühere eigene Arbeiten oder Teile daraus nicht als solche gekennzeichnet (zitiert) sind; besondere Relevanz hat dies für Arbeiten, die bereits einmal als Teil einer Prüfungsleistung verwendet wurden.
 - (b) Wissenschaftliche Untersuchungen müssen nachprüfbar sein. Demzufolge muss ihre Publizierung eine exakte, für den Fachmann nachvollziehbare Beschreibung der Methoden und der Ergebnisse enthalten.
 - (c) Befunde, welche die Hypothese der Autorin bzw. des Autors stützen oder sie in Frage stellen, sind gleichermaßen mitzuteilen.
 - (d) Befunde und Ideen anderer Forschender sind ebenso wie relevante Publikationen anderer Autorinnen und Autoren vollständig zu zitieren.
 - (e) Die Fragmentierung von Untersuchungen mit dem Ziel, die Anzahl scheinbar eigenständiger Publikationen zu erhöhen, erfüllt den Tatbestand des wissenschaftlichen Fehlverhaltens.
- (2) Sind an einer Forschungsarbeit oder an der Abfassung eines wissenschaftlichen Berichts mehrere Autoren beteiligt, so ist als Mitautorin bzw. Mitautor zu nennen, wer wesentlich
- (a) zur Fragestellung, zum Forschungsplan, zur Durchführung der Forschungsarbeiten, zur Auswertung oder Deutung der Ergebnisse sowie
 - (b) zum Entwurf oder zur kritischen inhaltlichen Überarbeitung des Manuskripts beigetragen hat. Eine nur technische Mitwirkung bei der Datenerhebung vermag eine Mitautorenschaft ebenso wenig zu begründen wie allein die Bereitstellung von Finanzmitteln oder die allgemeine Leitung der Abteilung oder Einrichtung, in der die Forschung durchgeführt wurde. Gleiches gilt für das bloße Lesen des Manuskripts ohne Mitgestaltung des Inhalts. Weiterhin sollen
 - bei Berichten aus mehreren Arbeitsgruppen soweit wie möglich die Beiträge der Einzelgruppen kenntlich gemacht werden,
 - alle Mitautorinnen und Mitautoren die Freigabe eines Manuskripts zur Veröffentlichung bestätigen und die Anteile der einzelnen Personen oder Arbeitsgruppen dokumentiert werden,
 - vorbehaltlich anderer anerkannter fachspezifischer Übung schriftliche Einverständniserklärungen eingeholt werden, wenn im Manuskript unveröffentlichte Beobachtungen anderer Personen zitiert oder Befunde anderer Institutionen verwendet werden.
- (3) Durch das Einverständnis mit der Nennung als Mitautorin bzw. Mitautor wird die Mitverantwortung dafür übernommen, dass die mitautorisierte Publikation wissenschaftlichem Standard entspricht. Dies gilt vor allem für den Bereich, für den eine Mitautorin bzw. ein Mitautor einen Beitrag geliefert hat. Insofern ist man sowohl für die Korrektheit des eigenen Beitrags wie auch dafür verantwortlich, dass dieser in wissenschaftlich vertretbarer Weise in die Publikation eingebracht wird.
- (4) Finden sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne ihr Einverständnis in einer Veröffentlichung als (Mit-)Autoren genannt und sehen sie sich zu einer nachträglichen Genehmigung außer Stande, so ist von ihnen zu erwarten, dass sie sich gegen ihre Aufnahme in den Autorenkreis bei den Erst- oder Letztautoren (als den im Regelfall Hauptverantwortlichen) und/oder bei der betreffenden Zeitschrift in ausdrücklicher Form verwahren. Auf die Ausführungen in den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Autorschaft wird ergänzend hingewiesen.

7. Wissenschaftliches Fehlverhalten

- (1) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang bewusst oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder sonst wie deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird, insbesondere durch
 - (a) Falschangaben durch
 - (i) Erfinden von Daten,
 - (ii) Verfälschung von Daten und Quellen, wie beispielsweise
 - durch Unterdrücken von relevanten Quellen, Belegen oder Texten,
 - durch Auswählen und Zurückweisen unerwünschter Ergebnisse, ohne dass dies offengelegt wird,
 - durch Manipulation von Quellen, Darstellungen oder Abbildungen,
 - (iii) unrichtige Angaben in einem Bewerbungsschreiben oder einem Förderantrag (einschließlich Falschangabe zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen),
 - (iv) unrichtige Angaben zur wissenschaftlichen Leistung von Bewerberinnen und Bewerbern in Auswahlkommissionen.
 - (b) Verletzung geistigen Eigentums

in Bezug auf ein von einem anderen geschaffenes urheberrechtlich geschütztes Werk oder von anderen stammende wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätze durch

 - (i) unbefugte Verwertung oder Anmaßung der Autorenschaft (Plagiat),
 - (ii) Ausbeutung von insbesondere noch nicht veröffentlichten Forschungsansätzen und Ideen, insbesondere als Gutachter (Ideendiebstahl),
 - (iii) Anmaßung oder unbegründete Annahme wissenschaftlicher Autoren- oder Mitautorenschaft,
 - (iv) Verfälschung des Inhalts,
 - (v) unbefugte Veröffentlichung oder unbefugtes Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, der Lehrinhalt oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist,
 - (vi) Inanspruchnahme der (Mit-)Autorenschaft einer anderen Person ohne deren Einverständnis.
 - (c) Beeinträchtigung von Forschungstätigkeit anderer durch
 - (i) Sabotage von Forschungsvorhaben anderer, wie beispielsweise durch
 - Beschädigen, Zerstören oder Manipulieren von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die ein anderer zur Durchführung eines Experiments benötigt,
 - arglistiges Verstellen oder Entwenden von Büchern, Archivalien, Handschriften, Datensätzen, Labor- und Versuchsaufzeichnungen,
 - vorsätzliche Unbrauchbarmachung von wissenschaftlich relevanten Informationsträgern, wie Büchern, Dokumenten oder sonstigen Daten und Aufzeichnungen,

- (ii) Beseitigung von Primärdaten, soweit damit gegen gesetzliche Bestimmungen oder fachspezifisch anerkannte Grundsätze wissenschaftlicher Arbeit verstoßen wird.
- (iii) Beendigung einer gemeinsamen Forschungstätigkeit ohne hinreichenden Grund oder Verhinderung der Publikation von Ergebnissen als Mitautor, auf dessen Zustimmung die Veröffentlichung angewiesen ist, ohne dringenden Grund (obstruierende Zustimmungsverweigerung). Publikationsverweigerungen müssen mit nachprüfbarer Kritik an Daten, Methoden oder Messergebnissen begründet werden.

(d) Falsche Anschuldigungen

Der leichtfertige Umgang mit Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens, erst recht die Erhebung bewusst unrichtiger Vorwürfe, kann ebenfalls eine Form wissenschaftlichen Fehlverhaltens darstellen. Die Anzeige eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens hat im guten Glauben zu erfolgen. Vorwürfe dürfen nicht ungeprüft und ohne hinreichende Kontrolle der Fakten erhoben werden.

- (2) Wissenschaftliches Fehlverhalten besteht auch in einem Verhalten, aus dem sich eine Mitverantwortung für das Fehlverhalten anderer ergibt, insbesondere durch
 - (a) aktive Beteiligung am Fehlverhalten anderer,
 - (b) Mitwissen um Fälschungen durch andere,
 - (c) Mitautorenschaft an fälschungsbehafteten Veröffentlichungen oder
 - (d) grobe Vernachlässigung der Aufsichtspflicht.

8. Verfolgung wissenschaftlichen Fehlverhaltens

- (1) Die TUM wird jedem schwerwiegendem Hinweis auf wissenschaftliches Fehlverhalten ihrer aktuellen oder ehemaligen Mitglieder in der Universität nachgehen, soweit die betreffenden Arbeiten oder Leistungen an der TUM entstanden sind.
- (2) Das Verfahren zur Aufklärung wissenschaftlichen Fehlverhaltens nach dieser Richtlinie ersetzt und hindert nicht andere, gesetzlich oder satzungsrechtlich geregelte Verfahren (z. B. akademische Verfahren, arbeits- oder beamtenrechtliche Verfahren, Zivil- oder Strafverfahren); diese werden ggf. von den jeweils zuständigen Organen eingeleitet. Das Verfahren zur Aufklärung wissenschaftlichen Fehlverhaltens nach dieser Richtlinie soll die Möglichkeit schaffen, auftretende Konfliktfälle auf rein fachlicher Ebene unter Berücksichtigung der jeweiligen fachlichen Besonderheiten einer interessengerechten Lösung zuzuführen. Hierbei sollen sämtliche Beteiligte die Möglichkeit erhalten, abseits der vorstehend in Satz 1 genannten Verfahren, ohne Hinzuziehung rechtsberatender Personen auf fachlicher Ebene Lösungswege zu erarbeiten. Die Mitwirkung eines Rechtsbeistands bleibt den in Satz 1 genannten gesetzlich oder satzungsrechtlich geregelten Verfahren vorbehalten.

9. Ombudsperson

- (1) Der Präsident/die Präsidentin bestellt im Einvernehmen mit dem Senat eine Ombudsperson sowie eine(n) Stellvertreter(in), die auch dem akademischen Mittelbau angehören können. Die Bestellung erfolgt auf die Dauer von drei Jahren mit der Möglichkeit der Wiederbestellung bis zu einer Amtszeit von höchstens 9 Jahren. Nach Möglichkeit soll die Ombudsperson ein Mitglied der TUM Emeriti of Excellence sein.
- (2) Die Funktion der Ombudsperson ist unvereinbar mit dem Amt eines Vizepräsidenten/Vizepräsidentin und Dekans/Dekanin. Für die Ombudsperson gelten die Vorschriften über den Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung (Art. 20 und 21 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz).

- (3) Die jeweils aktuell zuständigen Ombudspersonen und diese Richtlinien werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (eigene Internetpräsenz).
- (4) Die Ombudspersonen werden durch das Ombudsbüro unterstützt. Hier werden auch die Akten aufbewahrt.

10. Anrufbarkeit der Ombudsperson

- (1) Jedermann kann die Ombudsperson oder deren Vertretung anrufen, um einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens an der TUM darzulegen (informierende Person, Hinweisgeber). Dieses Recht steht auch denjenigen zu, die sich dem Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens ausgesetzt sehen. Die Information über mutmaßliches wissenschaftliches Fehlverhalten soll schriftlich erfolgen; bei mündlicher Information ist von der Ombudsperson oder deren Vertretung ein schriftlicher Vermerk über den Verdacht und die diesen begründenden Belege anzufertigen. Anonymen Hinweisen wird nicht nachgegangen.
- (2) Die Ombudsperson und ihre Vertretung haben Vertraulichkeit zu wahren, soweit die Verdachtsmomente nicht bereits über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus bekannt sind oder weitere Personen mit dem Einverständnis der Betroffenen in das Vertrauen einbezogen werden; dies schließt auch die Identität der informierenden Person ein. Ohne die Zustimmung von Ratsuchenden darf die Ombudsperson oder deren Vertretung das ihr Anvertraute nur dann und insoweit weitergeben, als es sich um den begründeten Verdacht eines derart schwerwiegenden wissenschaftlichen Fehlverhaltens handelt, dass bei dessen nicht weiterer Verfolgung schwerster Schaden für die TUM, deren Mitglieder oder für Dritte abzusehen wäre. In diesem Falle informiert die Ombudsperson oder deren Vertretung den Präsidenten/die Präsidentin und nachrichtlich den Dekan/die Dekanin der betreffenden Fakultät.
- (3) Die Ombudsperson steht in enger Verbindung mit den übrigen Beratungsstellen der TUM. Konfliktfälle, die nicht mit wissenschaftlichen Fehlverhalten zu tun haben, werden nach Rücksprache mit der informierenden Person den zuständigen Stellen der TUM (Personalrat; Schiedsstelle der TUM-Graduate School, Psychosoziale Beratung etc.) vertraulich zugeleitet.

11. Vorprüfungsverfahren

- (1) Die Ombudsperson oder deren Vertretung prüft, ob und inwieweit die dargelegten Verdachtsmomente plausibel erscheinen und ein Fehlverhalten begründen könnten. Sofern der Vorwurf nicht plausibel dargelegt ist, wird der informierenden Person Gelegenheit gegeben, den Vorwurf binnen einer Frist von vier Wochen zu konkretisieren.
- (2) Sofern auch nach Ablauf der Frist kein Anfangsverdacht festzustellen ist, teilt die Ombudsperson oder deren Vertretung der informierenden Person unter Angabe einer Begründung mit, dass von einem förmlichen Untersuchungsverfahren abgesehen wird.
- (3) Bei Vorliegen eines Anfangsverdachts gibt die Ombudsperson oder deren Vertretung dem/der Beschuldigten unter Darlegung der Vorwürfe Gelegenheit, innerhalb einer Frist von vier Wochen zu den Vorwürfen schriftlich Stellung zu nehmen. Die Ombudsperson oder deren Vertretung kann von ggf. weiteren Beteiligten Informationen einholen. Sofern die Stellungnahme des Beschuldigten die erhobenen Vorwürfe entkräftet, kann die Ombudsperson das Verfahren unter Angabe einer Begründung einstellen.
- (4) Die Ombudsperson bemüht sich zu jeder Zeit, zwischen den Verfahrensbeteiligten zu vermitteln. Führen die Vermittlungsbemühungen zwischen den Verfahrensbeteiligten zu einer einvernehmlichen Beilegung der Vorwürfe, wird das Verfahren eingestellt und durch das Ombudsbüro archiviert.
- (5) Wird das Verfahren nicht nach Abs. (3) oder (4) eingestellt, richtet die Ombudsperson spätestens zwei Wochen nach Eingang der Stellungnahme des Betroffenen oder Verstreichen der dazu eingeräumten Frist ein ad hoc-Ombudsgremium ein.

- (6) In begründeten Ausnahmefällen können die vorgesehenen Fristen von der Ombudsperson verlängert werden.

12. Ombudsgremium

- (1) Dem ad hoc-Ombudsgremium gehören an:
- zwei vom Dekan/der Dekanin der im konkreten Einzelfall betroffenen Fakultät benannte Professoren/Professorinnen,
 - zwei weitere vom Senat delegierte Professoren/Professorinnen,
 - ein vom Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benannte(r) Vertreter/Vertreterin des akademischen Mittelbaus,
 - die Ombudsperson,
 - die Stellvertretung der Ombudsperson.

Für die sieben Mitglieder des Ombudsgremiums gelten die Bestimmungen über die Vertraulichkeit gemäß Nr. 10 Abs. (2) dieser Richtlinie entsprechend.

- (2) Zur Sitzung des Ombudsgremiums ist das persönliche Erscheinen der Mitglieder des Ombudsgremiums notwendig. Eine Vertretung der Mitglieder ist nicht zulässig; zur Beschlussfähigkeit müssen mindestens fünf Mitglieder anwesend sein. Das Ombudsgremium trifft seine Entscheidungen unter Berücksichtigung des ermittelten Sachverhalts nach freier Überzeugung mit einfacher Mehrheit.
- (3) Den Vorsitz des Ombudsgremiums führt die Ombudsperson oder deren Stellvertretung.
- (4) Das Ombudsgremium tagt nichtöffentlich.
- (5) Das Ombudsgremium ist berechtigt, alle der Aufklärung des Sachverhalts dienlichen Schritte zu unternehmen. Hierzu kann es unter Hinweis auf die Verpflichtung, über den Untersuchungsgegenstand Verschwiegenheit zu wahren, alle erforderlichen Informationen und Stellungnahmen einholen und im Einzelfall auch die/den Gleichstellungsbeauftragte/-n, Sachgutachterinnen oder Sachgutachter aus dem betroffenen Wissenschaftsbereich hinzuziehen. Sowohl der oder dem Betroffenen als auch der informierenden Person ist Gelegenheit zur mündlichen Äußerung zu geben. Der oder dem Betroffenen sind die belastenden Tatsachen und Beweismittel zur Kenntnis zu geben.
- (6) Ist die Identität der informierenden Person der oder dem Betroffenen nicht bekannt, so ist ihr oder ihm diese offen zu legen, wenn diese Information für die sachgerechte Verteidigung der oder des Betroffenen, insbesondere weil der Glaubwürdigkeit der oder des Informierenden für die Feststellung des Fehlverhaltens wesentliche Bedeutung zukommt, notwendig erscheint.
- (7) Das Ombudsgremium trifft innerhalb von sechs Monaten eine Entscheidung, sofern nicht die Komplexität und Schwierigkeit des Sachverhalts eine spätere Entscheidung rechtfertigt.
- (8) Die Akten der förmlichen Untersuchung sind 30 Jahre im Ombudsbüro aufzubewahren.
- (9) Im Falle der Einstellung des Prüfungsverfahrens kann die informierende Person, wenn sie mit der Einstellung nicht einverstanden ist, innerhalb von zwei Wochen die Ombudsperson oder deren Vertretung informieren. Das Ombudsgremium wird dann seine Entscheidung noch einmal prüfen. Diese Prüfung und Abstimmung kann im Umlaufverfahren stattfinden und muss nicht in einer erneuten Sitzung erfolgen.

13. Ergebnis des Ombudsgremiums

- (1) Das Ombudsgremium erstellt einen Abschlussbericht über das Ergebnis des Untersuchungsverfahrens und legt diesen zusammen mit einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen und ggf.

empfohlenen Sanktionen bzw. Maßnahmen dem Präsidenten/der Präsidentin zur Entscheidung vor.

- (2) Der Präsident/die Präsidentin informiert die Ombudsperson über seine Entscheidung und veranlasst die notwendigen Schritte zur Umsetzung der Maßnahmen. Die Ombudsperson teilt die Entscheidung des Präsidenten/der Präsidentin der informierenden Person mit.
- (3) Soweit es zum Schutze Dritter, zur Wahrung des Vertrauens in die wissenschaftliche Redlichkeit, zur Wiederherstellung ihres wissenschaftlichen Rufes, zur Verhinderung von Folgeschäden oder sonst wie im allgemeinen öffentlichen Interesse veranlasst erscheint, sind betroffene Dritte und/oder die Öffentlichkeit in angemessener Weise über das Ergebnis des Untersuchungsverfahrens zu unterrichten.
- (4) Mögliche Entscheidungen des Präsidenten/der Präsidentin finden sich beispielhaft im Anhang zu diesen Richtlinien.

14. In-Kraft-Treten

Die neugefassten vorliegenden Richtlinien wurden vom Hochschulrat der TUM am 15. Juli 2015 beschlossen und treten nach Ausfertigung durch den Präsidenten in Kraft.

Wolfgang A. Herrmann
Präsident

München, 15. Juli 2015

Anhang

Mögliche Entscheidungen und Sanktionen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten

Wird von dem Ombudsgremium wissenschaftliches Fehlverhalten förmlich festgestellt, so kommen für den Präsidenten/die Präsidentin Entscheidungen unterschiedlicher Art und Reichweite in Betracht. Da jeder Fall anders gelagert sein kann, und auch die Schwere des festgestellten wissenschaftlichen Fehlverhaltens für die jeweilige Entscheidung eine Rolle spielt, kann es keine einheitliche Richtlinie für die jeweils adäquaten Konsequenzen geben; diese richten sich vielmehr je nach den Umständen des Einzelfalles. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit kommen je nach Lage des Falles insbesondere folgende Maßnahmen in Frage:

- (1) Arbeitsrechtliche Konsequenzen, wie insbesondere
 - Abmahnung,
 - außerordentliche Kündigung,
 - ordentliche Kündigung,
 - Vertragsauflösung;
- (2) Beamtenrechtliche Konsequenzen, wie insbesondere Disziplinarmaßnahmen;
- (3) Akademische Konsequenzen, wie insbesondere
 - Entzug von akademischen Graden bzw. der Lehrbefugnis,
 - Information von außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen und Vereinigungen,
 - Verlangen zur Rückziehung von wissenschaftlichen Veröffentlichungen;
 - Bei wissenschaftlichem Fehlverhalten i. S. d. Ziff. 7 Abs. (1) lit. (c)(iii) 2. Alt. kann den anderen Wissenschaftlern die Publikation gestattet werden, wenn die Obstruktion zur Überzeugung der Ombudsperson feststeht. Der Sachverhalt ist in der Publikation einschließlich der Publikationsgestattung offenzulegen.
- (4) Zivilrechtliche Konsequenzen, wie insbesondere
 - Erteilung eines Hausverbots,
 - Herausgabeansprüche gegen die Betroffenen, wie etwa im Hinblick auf entwendetes wissenschaftliches Material,
 - Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche aus Urheberrecht, Persönlichkeitsrechtsverletzungen, Patentrecht und Wettbewerbsrecht,
 - Rückforderungsansprüche (etwa von Stipendien, Drittmitteln oder dergleichen),
 - Schadensersatzansprüche der Universität oder von Dritten bei Personenschäden, Sachschäden oder dergleichen;
- (5) Strafrechtliche Konsequenzen, wie insbesondere Strafanzeige oder Strafantrag, wobei solche in Betracht kommen, wenn der Verdacht besteht, dass wissenschaftliches Fehlverhalten zugleich einen Tatbestand des Strafgesetzbuchs (StGB) bzw. sonstiger Strafnahmen oder Ordnungswidrigkeiten erfüllt, wie insbesondere bei
 - Urheberrechtsverletzungen,
 - Urkundenfälschungen (einschließlich Fälschung technischer Aufzeichnungen),
 - Sachbeschädigungen (einschließlich Datenveränderungen),

- Eigentums- und Vermögensdelikten (wie im Falle von Entwendungen, Erschleichung von Fördermitteln oder Veruntreuung),
 - Verletzungen des persönlichen Lebens- oder Geheimnisbereichs (wie etwa durch Ausspähen von Daten oder Verwertung fremder Geheimnisse),
- (6) Lebens- oder Körperverletzung (wie etwa von Probanden oder Probandinnen infolge von falschen Daten).

The English translation of this document shall be for convenience purposes only.
Only the German document is legally binding.

Code of Conduct for Safeguarding Good Academic Practice and Procedures in Cases of Academic Misconduct at Technische Universität München

This Code of Conduct is based on the Memorandum for Safeguarding Good Scientific Practice of the DFG (1998) and its supplements (2013). The position paper “Empfehlungen zur wissenschaftlichen Integrität” (Recommendations on scientific integrity, available in German only) presented in 2015 by the German Council of Science and Humanities accompanies this memorandum.

1. Principles of Good Academic Practice

- (1) Scientists and scholars working at the Technische Universität München are obligated to
 - perform their work according to professional standards (*lege artis*),
 - document results,
 - critically assess their results,
 - observe strict honesty regarding the contributions of partners, competitors, and predecessors
 - avoid and prevent academic misconduct,
 - and to observe the principles set out below.
- (2) In addition to measures for determining and disciplining academic misconduct, measures should be introduced and/or enforced to prevent academic misconduct. As an institution designed to foster and develop the arts and sciences through research, teaching, and study, the university is responsible for ensuring such measures are in place.
- (3) Working group leaders are to serve as academic role models by observing and embodying the principles of good academic practice laid out here. In the interest of their professional development, young scientists and students must be vigilant with regard to any misconduct in their academic environment.
- (4) The departments and schools are called upon to adequately address the issue of academic misconduct within the scope of their instruction, communicating the TUM Code of Good Academic Conduct to young scientists and students.

2. Collaboration and Management within Academic Units

The heads of academic units (collaborative research centers, research centers, research training groups, research groups, and other working groups) are responsible for ensuring that suitable and

appropriate organizational measures are in place, that the responsibilities of management, supervision, conflict settlement, and quality assurance within the academic unit are clearly defined and that its members are able to fulfill these responsibilities.

3. Supervision and Mentoring of Young Scientists

- (1) From the very beginning, students should acquire, and supervisors should convey, not only technical skills, but also ethical standards in scholarly work, in the responsible application of research results, and in collaborative work with other researchers. Students and young scientists are entitled to the continual academic mentoring and support of advisors and heads of academic units; they are in turn obligated to perform their work responsibly and contribute to a collegial working environment. Heads of academic units bear the responsibility of ensuring the adequate supervision and mentoring of students, doctoral candidates and postdocs.
- (2) The advising of doctoral candidates by supervisors is governed by a supervision agreement to be signed by both parties, which is also the application for the entry into the doctoral list and for membership of TUM Graduate School. The agreement structures the doctoral project and includes a work and time schedule, objectives for further qualification, and delineates the rights and obligations of the signing parties and is intended to ensure regular supervisory meetings and the candidates' integration into the academic community. Supervisors support their candidates in obtaining suitable funding for the doctoral program, in the structuring the doctoral process, and in building an academic network as well as exploring career opportunities. Supervisors should not take on a greater number of doctoral candidates than they can adequately supervise.
- (3) The following conditions apply:
 - Before commencing work on their academic projects (bachelor's thesis, master's thesis, etc.), students are to have read and signed this Code of Conduct.
 - This Code of Conduct will be made available to all doctoral candidates and their supervisors by the TUM Graduate School and are an integral part of the compulsory program for all doctoral candidates.
 - This Code of Conduct is provided to all academic personnel when signing their employment contracts.

4. Performance and Assessment Criteria

Originality and quality as criteria for assessing performance in examinations, the awarding of degrees, employment, promotion, recruitment, and funding always take precedence over quantity (especially with regard to publications). All performance and assessment criteria should be based on this principle.

5. Protection and Storage of Primary Data

Compressed primary data serving as basis for publications are to be securely stored on durable storage media for a term of ten years within the academic unit where they originated. Where possible, preparations and samples used in developing primary data should be stored for the same time period. In this context, reference is made to the recommendations of the Deutsche Forschungsgemeinschaft regarding the storage of primary data.

6. Scholarly Publications

- (1) Subject to various criteria required by specific disciplines, the following guidelines are to be observed in the publication of scholarly work:

- (a) The term "original work" is limited to the first-time publication of new scholarly results. Accordingly, multiple publications of the same scholarly results, with the exception of announcement of preliminary results prior to publication, must acknowledge the first-time publication. "Self plagiarism" means that earlier own work or parts of it are not marked as such (quoted); this is particularly relevant to work which has already been used as part of an examination.
 - (b) Scholarly research must be verifiable. Therefore the publication of results must contain an exact description of methods and outcomes comprehensible to a person skilled in the art.
 - (c) Findings which either support or challenge the hypothesis of the author must be communicated in equal measure.
 - (d) Findings and ideas of other researchers as well as relevant publications of other authors are to be cited faithfully and completely.
 - (e) Investigations should not be fragmented to create the appearance of multiple publications, as this constitutes academic misconduct.
- (2) If multiple authors have contributed to research or in writing a scientific report, those persons are to be named as co-authors who played a substantial role in
- (a) defining the problem, drawing up research plans, conducting research, evaluating or interpreting research outcomes, and
 - (b) drafting or critical review and revision of manuscript content. Co-authorship does not apply to persons who merely technically contribute to the collection of data, or who merely provide funding, or who merely serve as the head of the department or institution in which the research is carried out. Likewise persons who merely read the manuscript without contributing to its content are not considered co-authors. In addition, the following requirements apply:
 - in case of reports drawn up by several working groups, the contributions of individual groups should be identified as clearly as possible;
 - the release of a manuscript for publication should be confirmed by all co-authors and the contributions of individuals or working groups should be documented;
 - written consent must be obtained if the manuscript contains explicit reference to unpublished findings of other persons or institutions, notwithstanding other specific conventions established in the discipline.
- (3) Acknowledgement of co-authorship implies shared responsibility for compliance of the publication with academic standards, in particular to those sections of the manuscript contributed by a co-author. Co-authors are thus responsible for the accuracy of their own contributions as well as for the compliance of the publication as a whole with academic standards.
- (4) If scholars are named as (co-)authors of a publication without their consent and do not wish to give their consent at a later date, they are expected to expressly voice their objections to the first or last named author (who is, as a rule, the main author) and/or the journal. For further reference, please see the recommendations of the DFG on authorship.

7. Academic Misconduct

- (1) Academic misconduct has occurred when a scholar, deliberately or through gross negligence, makes false statements, infringes upon intellectual property rights or the research activities of others in any way, including, but not limited to:
 - (a) False Statements including

- (i) fabrication of data;
- (ii) falsification of data and sources, such as
 - failure to acknowledge relevant sources, references, or literature;
 - selective use or ignoring of undesired outcomes without disclosure;
 - manipulation of sources, representations, illustrations, diagrams, etc.;
- (iii) false statements in letters of application or funding applications (such as incorrect information provided on the publisher or pending publications);
- (iv) false statements about the scholarly achievements of applicants to a selection committee.

(b) Infringement of Intellectual Property Rights

with regard to the copyrighted work or significant scholarly findings, hypotheses, teaching or research methods of others through

- (i) unauthorized use or claims of authorship (plagiarism);
- (ii) exploitation, particularly of unpublished research methods and ideas, especially in the role of reviewer, referee, expert, assessor, etc. (intellectual theft);
- (iii) claiming or wrongfully accepting academic authorship or co-authorship;
- (iv) tampering with content;
- (v) unauthorized publication or making available to third parties of works, findings, hypotheses, educational contents, or research methods not yet published;
- (vi) claiming another person's (co-)authorship without consent.

(c) Compromising the Research Activities of Others by

- (i) Sabotaging the research of others, for example, by
 - damaging, destroying, or manipulating experiment designs, equipment, documents, hardware, software, chemicals or other materials required by others to carry out an experiment;
 - malicious misplacing or stealing of books, archived materials, manuscripts, data sets, laboratory or experiment protocols;
 - willfully tampering with media, such as books, documents or other data and records of scientific relevance in order to render them useless.
- (ii) Removing primary data, to the extent that this violates statutory regulations or the standard principles of scientific practice recognized by a particular discipline.
- (iii) Termination of joint research activities without reasonable cause or the prevention of the publication of results as co-author, on whose approval the publication relies, without urgent reason (obstructing consent refusal). Publication refusals must be justified by verifiable criticism of data, methods or measurement results.

(d) False Accusations

Frivolous accusations of scientific misconduct, in particular, willfully making false accusations, is also considered scientific misconduct. Claims of scientific misconduct brought against other scientists are to be made in good faith; that is, claims are to be adequately researched

and the facts of the case thoroughly substantiated.

- (2) Academic misconduct also occurs when conduct gives rise to the person's partial responsibility for the academic misconduct of others, in particular through
 - (a) active involvement in other persons' misconduct,
 - (b) awareness of other persons' falsifications,
 - (c) co-authorship of falsified publications or
 - (d) gross negligence of supervisory obligations.

8. Investigation of Academic Misconduct

- (1) Technische Universität München will review every serious indication of academic misconduct of its current and former members, provided that the work or performance in question was carried out or rendered at Technische Universität München.
- (2) The procedure for the investigation of academic misconduct delineated in this code of conduct does not replace or prejudice any other legal or statutory proceedings (e.g. academic procedures, legal proceedings relating to employment or civil service, civil or criminal proceedings). If necessary, these will be instituted by the entities responsible. The process of uncovering scientific misconduct detailed in this directive aims to create the possibility to solve occurring conflicts at a purely technical level and in due consideration of the specific peculiarities of the field. To this end, all persons involved should have the opportunity, besides the procedure referred to in clause 1, to suggest an approach on the technical level without recourse to legal aid. The involvement of a lawyer is reserved by law or statutory law regulated procedure referred to in sentence 1 above.

9. Ombudsperson

- (1) At the senate's proposal, the president will appoint an ombudsperson and a proxy from among the professorial and non-professorial academic staff. Their term in office will be three years, with possible reappointment for up to 9 years of mandate maximum. Where possible the ombudsperson should be elected from among the TUM Emeriti of Excellence.
- (2) Vice presidents and deans may not serve as ombudspersons. The regulations of the
- (3) Bavarian Administrative Procedures Act concerning the exclusion of persons due to personal
- (4) involvement (Art. 20 and 21 of the Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz) shall apply to ombudspersons.
- (5) The names of the currently serving ombudspersons and this code of conduct will be made available to the public on the internet.
- (6) The ombud office provides administrative assistance to appointed ombudspersons and archives case records and files.

10. Contacting the Ombudsperson

- (1) Anybody may request the assistance of the ombudsperson or the ombudsperson's proxy to report a suspicion of academic misconduct at the Technische Universität München (informant, whistleblower). This also applies to persons who are suspected of academic misconduct. Information on alleged or suspected academic misconduct is to be provided in writing; where information is provided orally, the ombudsperson or his or her proxy has to prepare a written report on the alleged or suspected misconduct including substantiating evidence. Anonymous complaints will not be investigated.

- (2) The ombudsperson and his or her proxy are bound to secrecy unless persons other than those directly affected are already aware of the suspected misconduct or additional persons have been involved with the affected person's consent; this also applies to the informant's identity. Without the consent of the person seeking assistance, the ombudsperson or proxy may not disclose the provided information unless the substantiated suspicion relates to such severe academic misconduct, which if not investigated would lead to major damage for the Technische Universität München, its members or third parties. In such cases, the ombudsperson or proxy will inform the president and the dean of the relevant TUM school or department.
- (3) The ombudsperson works in close collaboration with the other advisory offices of TUM. Conflicts not relating to academic misconduct will, after consultation with the informant, be confidentially forwarded to the appropriate entities of TUM (Employee Council, Board of Arbitration of the TUM Graduate School, Psychosocial Counseling, etc.).

11. Preliminary Investigation

- (1) The ombudsperson or proxy will investigate if and to what extent the allegations are convincing enough to be considered academic misconduct. Insofar as the allegations are not considered convincing, the informant will be given the opportunity to provide specific evidence within a period of four weeks.
- (2) If allegations are not substantiated within the defined period, the ombudsperson or proxy will notify the informant of its decision not to institute formal proceedings, providing the grounds for this decision.
- (3) Where there are substantiated allegations, the ombudsperson or proxy will present the person suspected of misconduct the allegations and provide said person the opportunity to respond to the allegations in a written statement within a period of four weeks. If necessary, the ombudsperson or proxy may request information from other parties involved. If the suspected person's statement dispels the suspicions, the ombudsperson may discontinue the preliminary investigation, stating the grounds for this decision.
- (4) The ombudsperson will endeavor at all times to mediate between the parties involved. Where the mediation efforts between the parties involved lead to an amicable resolution of the allegations, the investigation will be discontinued and archived in the ombud office.
- (5) If the preliminary investigation is not discontinued as set out in (3) or (4), the ombudsperson will set up an ad hoc investigation committee no later than two weeks after receipt of the affected person's statement or lapse of the deadline for submitting a statement.
- (6) In well-founded, exceptional cases the ombudsperson may extend the deadlines.

12. Investigation Committee

- (1) The investigation committee will consist of:
 - two professors appointed by the dean of the department or school involved in each individual case;
 - two additional professors appointed by the senate;
 - a representative of the non-professorial academic staff appointed by the research staff assembly;
 - the ombudsperson;
 - the ombudsperson's proxy;

The confidentiality obligations set out in 10 (2) of this Code of Conduct shall apply to the members of the investigation committee accordingly.

- (2) Members of the investigation committee are required to attend meetings of the investigation committee in person. Members may not send a proxy to these meetings; for a quorum, at least five members must be present. Based on the facts and circumstances investigated in the individual case, each member of the committee will reach a decision at his or her discretion and conviction; decisions require a simple majority.
- (3) The investigation committee will be chaired by the ombudsperson or proxy.
- (4) Meetings of the investigation committee are closed to the public.
- (5) The investigation committee has the right to take all steps necessary or expedient to establish the facts and circumstances of the case. For this purpose, the committee may obtain all necessary information, opinions, and representations and, in each individual case, call upon the equal opportunity officer(s) and/or experts of the discipline in question, advising all parties involved of the obligation to keep the matter under investigation confidential. Both the person affected and the informant shall be given the opportunity to present an oral statement. The affected person is to be informed of the incriminating facts and evidence.
- (6) Where the identity of the informant is not known to the person affected, the informant's identity must be disclosed if this seems necessary for the affected person to defend himself or herself appropriately, in particular where the informant's credibility is of major importance for the determination of academic misconduct.
- (7) The investigation committee will make a decision within a period of six months unless the complexity and difficulty of the facts and circumstances justify a longer period.
- (8) The files on the investigation must be kept in the ombud office for a period of 30 years.
- (9) If the investigation is discontinued the informant, if he or she does not agree with the discontinuation, may notify the ombudsperson or proxy within a period of two weeks. In such a case the commission will reexamine its decision. The reexamination and agreement among commission members does not require a separate meeting, but may be carried out by written circulation procedure.

13. Investigation Result

- (1) The investigation committee will prepare a final report on the result of the investigation and, together with a proposal on how to proceed and any sanctions and/or measures recommended, submit it to the president for decision.
- (2) The president will inform the ombudsperson of his or her decision and take the necessary steps to implement the measures. The ombudsperson will notify the informant of the president's decision.
- (3) Third parties concerned and/or the general public are to be informed of the investigation result in appropriate manner if this seems expedient to protect third parties, maintain trust in academic honesty, restore their academic reputation, avoid consequential damage or otherwise benefit public interest.
- (4) The appendix to this code of conduct contains examples of relevant decisions of the president.

14. Entry into Force

This latest amended code of conduct was decided by the TUM Board of Management on 15 July 2015 and enter into full force and effect after the signature by the president.

Wolfgang A. Herrmann
President

Munich, 15 July 2015

The English translation of this document shall be for convenience purposes only.
Only the German document is legally binding. Please find the German version above.

Appendix

Examples of potential decisions and sanctions relating to academic misconduct

Where the investigation committee has formally determined academic misconduct, the president may consider a range of decisions, varying in type and scope. As each case is unique and the degree of misconduct in question of significance for the decision, there can be no uniform guideline for the repercussions, which will be determined by the particulars of each case. Depending on the individual factors of each case, the following measures, including but not limited to the following, may be taken:

- (1) Actions under employment law, in particular,
 - official warning
 - termination of employment with immediate effect
 - termination of employment with period of notification
 - termination of contract;
- (2) Actions under the German Civil Service Law, in particular, disciplinary measures;
- (3) Actions within the academic community, in particular,
 - revocation of academic titles or *venia legendi*
 - notification of misconduct to other academic institutions and associations
 - request for withdrawal of academic publications;
 - In case of scientific misconduct as in clause 7 para. (1) lit. 8 (c) (iii) 2. Alt. the publication can be permitted to the other scientist if the obstruction is established to the satisfaction of the ompudsperson. The facts must be disclosed in the publication and in the publication permission.
- (4) Actions under civil law, in particular,
 - barring from premises
 - request the affected person to surrender any unlawfully obtained scientific material
 - request for abatement or removal and/or request to cease and desist under German copyright law, rights of personality, patent law, and law of competition
 - request for restitution of, for example, grants, third-party funds, etc.
 - claims for damages asserted by the university or third parties in the event of personal injury, damage to property, etc.;
- (5) Actions under Criminal Law, in particular, bringing charges or requesting prosecution in the event of suspicion that an incident of academic misconduct may constitute an offence under the German Criminal Code (StGB) or other punishable offence or misdemeanor, in particular,
 - copyright infringement
 - forgery of documents (including forgery of technical reports)

- property damage (including the manipulation of data)
- theft or other dishonesty offence (such as stealing, fraudulently obtaining
- funding, misappropriation)
- infringement of private sphere or confidentiality by, for example, data
- phishing or using confidential data of others
- damage to life or health of, for example, subjects in medical tests as a
- consequence of false data).

The English translation of this document shall be for convenience purposes only.
Only the German document is legally binding. Please find the German version above.